



Veranstaltung: F/B/K-Verbandsführer, B-IV; B-VI

Ausbildungseinheit: Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutz
Rechtsgrundlagen

Thema: ----

Ausgabe: 18.05.2022

Zuständig: FG 13

Bearbeitet von: Peter Wiese

Literaturhinweis: FwDV 100
Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz
(HBKG vom 23.08.2018)
Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit
und Ordnung
(HSOG vom 23.08.2018)

Inhaltsverzeichnis

1	Gesetzgebungskompetenzen im Katastrophenschutz	2
1.1	Aufgaben des Bundes beim Katastrophenschutz	2
1.2	Zivilschutz im Spannungs- und Verteidigungsfall	2
1.3	Schutz der Bevölkerung bei großen Unglücken und Katastrophen	3
2	Katastrophenschutz in Hessen	4
2.1	Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes	6
3	Zusammenarbeit in der täglichen Gefahrenabwehr	6
4	Grundlagen der Einsatzführung nach FwDV100	7
4.1	Aufgaben der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters	7
4.2	Wechsel der Einsatzleitung	7
4.3	Koordination der Einsatzleitung mit Behörden, Organisationen und Hilfskräften	8
5	Grundlagen der Einsatzführung nach HBKG	9
5.1	Befugnisse der technischen Einsatzleitung	9
5.2	Unterstellungsverhältnis	10
5.3	Aufgaben der Gesamteinsatzleitung	11
5.4	Unterstellungsverhältnis	12
6	Amtshilfe	12
6.1	Artikel 35 GG	13
6.2	Durchführung der Amtshilfe	13
6.3	Kosten der Amtshilfe	13
6.4	Grenzen der Amtshilfe	13
7	Nachbarliche Hilfe	14

Kommentiert [LU1]: Seitenzahlen...

1 Gesetzgebungskompetenzen im Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz ist Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr.

Nach Artikel 30 und 70 des Grundgesetzes obliegt der Katastrophenschutz in Friedenszeiten den Ländern.

Die unteren Katastrophenschutzbehörden in den Kreisen und kreisfreien Städte sind für den Schutz bei größeren Unglücksfällen oder Katastrophen verantwortlich.

Jede Bürgerin und jeder Bürger kann in jeder Stadt, in jeder Gemeinde zu jeder Zeit Hilfe über die (Rettungs-)Leitstellen anfordern.

Dazu wirken Feuerwehren, Polizei und Ordnungsbehörden eng zusammen.

Je nach Bedarf und Vereinbarung wirken auch die freiwilligen Rettungsdienste wie der Arbeiter-Samariter-Bund, die DLRG, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser Hilfsdienst beim Katastrophenschutz mit ¹.

Kommentiert [LU2]: Satz unverständlich, fehlendes Wort?

Aufgaben des Bundes beim Katastrophenschutz

Der Bund hat im Katastrophenschutz keine unmittelbaren Zuständigkeiten. Bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen können die Länder allerdings nach Artikel 35 Grundgesetz unter anderem zusätzlich Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen, wie z. B. das Technische Hilfswerk (THW), die Bundespolizei oder die Streitkräfte zur Hilfe anfordern.

Bei Unglücksfällen, die mehrere Bundesländer betreffen, hat zudem die Bundesregierung, soweit es zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, zusätzliche Handlungsoptionen. Die Unterstützung des Bundes beim Katastrophenschutz wird allgemein als Katastrophenhilfe umschrieben. Gesetzliche Grundlage für die Aufgaben des Bundes im Zivil- und Katastrophenschutz ist das Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (ZSKG).

Zivilschutz im Spannungs- und Verteidigungsfall

Dem Bund kommt darüber hinaus die Aufgabe des Zivilschutzes zu. Darunter ist der Schutz der Zivilbevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren zu verstehen. Dieser Auftrag ist im Grundgesetz geregelt (Art. 73 Nr. 1 GG).

Die konkreten Aufgaben und kommenden Herausforderungen für den Zivilschutz beschreibt die im August 2016 von der Bundesregierung beschlossene Konzeption Zivile Verteidigung (KZV).

Aufgabe des Zivilschutzes ist es durch nichtmilitärische Maßnahmen:

- die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten,
- lebens- oder verteidigungswichtige zivile Dienststellen,
- Betriebe, Einrichtungen und Anlagen sowie
- das Kulturgut

¹ Stand 18.05.2022 <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz>

vor Kriegseinwirkungen zu schützen und die Folgen von Kriegseinwirkungen zu beseitigen oder zu mildern.

Der Zivilschutz wird in Zusammenarbeit mit den Ländern wahrgenommen. Der Bund baut auf die Einheiten und Einsatzkräfte der allgemeinen Gefahrenabwehr und des friedensmäßigen Katastrophenschutzes auf und ergänzt sie zweckentsprechend.

Für einige besondere Gefahrenlagen ergänzt der Bund die Einsatzkräfte der Länder mit spezieller Technik und der dafür notwendigen Ausbildung. Gleichwohl stehen die vom Bund bereitgestellten Fahrzeuge und technische Ausstattung auch für Katastrophenschutzzeinsätze der Länder zur Verfügung und verfolgen damit einen Doppelnutzen.

Alle behördlichen Maßnahmen ergänzen dabei die Selbsthilfe der Bevölkerung.

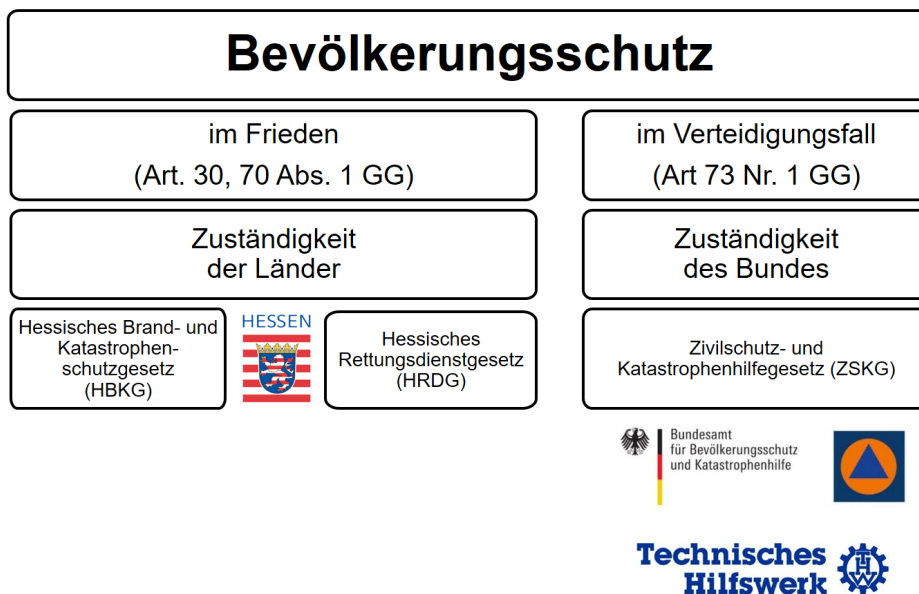


Abb. 1 Aufbau Bevölkerungsschutz

Schutz der Bevölkerung bei großen Unglücken und Katastrophen

Katastrophenschutz ist eine Aufgabe der Länder. Die kommunalen Feuerwehren sind das Rückgrat der Gefahrenabwehr. Sie nehmen mit den Aufgabenbereichen Brandschutz, Technische Hilfeleistung und ABC-Gefahrenabwehr auch im Katastrophenschutz die Aufgaben wahr, die den Kommunen bereits über die Brandschutzgesetze der Länder als Pflichtaufgaben zugewiesen sind.

Die privaten Hilfsorganisationen haben sich gegenüber der Landesregierung zur Mitwirkung im Katastrophenschutz verpflichtet. Im Katastrophenfall verstärken diese Organisationen den Rettungsdienst der Kreise und kreisfreien Städte. Sie gewährleisten innerhalb des Katastrophenschutzes den Sanitätsdienst sowie die Betreuung von Patienten und sonstigen betroffenen Personen.

2 Katastrophenschutz in Hessen

Die Sicherung des Katastrophenschutzes in Hessen wird überwiegend von ehrenamtlich tätigen Personen wahrgenommen. Insgesamt engagieren sich in Hessen ehrenamtlich rund 23.000 Menschen in mehr als 680 Einheiten im Katastrophenschutz. Weitere 3.300 Mitglieder des Technischen Hilfswerkes stehen bei entsprechenden Lagen zur Verfügung. Die Hessische Landesregierung fördert das ehrenamtliche Engagement der Einheiten und deren Ausstattung ².

Aufbauend auf dem Ergebnis der „Gefährdungsanalyse für das Land Hessen“ wurde das Katastrophenschutz-Konzept entwickelt und erarbeitet. Für alle Bereiche des Katastrophenschutzes enthält das Konzept umfassende organisatorische Regelungen, insbesondere zur Aus- und Fortbildung des Personals, der Anzahl der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und zur Beschaffung, Finanzierung, Förderung, Verwaltung und Unterbringung der Ausstattung ³.

² Stand 18.05.2022 <https://innen.hessen.de/Sicherheit/Katastrophenschutz>

³ Katastrophenschutz-Konzept Hessen Vorwort



Abb 2 Katastrophenschutz-Konzept Hessen
Stand 18.05.2022 <https://innen.hessen.de/sicherheit/katastrophenschutz/infothek>

Aufbauend auf dem Katastrophenschutz-Konzept wurden weitere Sonderschutzpläne erarbeitet sowie landesweite Sonder-Einsatzmittel beschafft. Die Fortschreibung des Katastrophenschutz-Konzeptes ist verpflichtend (§5 HBKG).

Informationen zu den Sonderschutzplänen und zur weiteren Ausstattung mit Fahrzeugen unter <https://innen.hessen.de/sicherheit/katastrophenschutz/infothek> (Stand 18.05.2022).

Weitere Aufgaben des Landes Hessen im Rahmen des §5 HBKG:

- Einrichtung und Unterhaltung eines gemeinsamen Funknetzes für den Brandschutz, den KatS und den Rettungsdienst,
- Einrichtung und Unterhaltung eines zentralen KatS-Lagers,
- Einrichtung eines Krisenstabes der Landesregierung.

Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes

Im Katastrophenschutz sind neben den Feuerwehren die Hilfsorganisationen und das THW tätig. Sie stellen die „Einheiten und Einrichtungen“, die nach einer Katastrophe folgende Aufgaben übernehmen:

Aufgabenbereich	Einheit / Einrichtung	Anzahl
Führung Information und Kommunikation	Katastrophenschutzstab	26
	Führungsgruppe Technische Einsatzleitung	26
	Informations- und Kommunikationszentrale	26
	Informations- und Kommunikationsgruppe	26
Brandschutz	Löschzug	426
Gefahrstoff-ABC	Gefahrstoff-ABC-Zug	26
	Gefahrstoff-ABC-Messzentrale	26
Sanitätswesen Betreuung	Sanitätszug	38
	Medizinische Taskforce	4
	Betreuungszug	52
	Betreuungsstelle	52
	Kreisauskunftsbüro	26
Wasserrettung	Wasserrettungszug	10
	Wasserrettungsgruppe /-trupp	9
Bergung und Instandsetzung	Technische-Hilfeleistungs-Einheit (RW)	26
	Verstärkung durch THW	

Abb. 3 Übersicht der Einheiten und Einrichtungen⁴

3 Zusammenarbeit in der täglichen Gefahrenabwehr

Feuerwehren, Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk (THW) arbeiten kompetent, über die Organisationsgrenzen hinweg, Hand in Hand zusammen.

Alle Einheiten des Katastrophenschutzes können und müssen auch ohne Feststellung des Katastrophenfalles nach den für die tägliche Gefahrenabwehr üblichen Verfahren durch die Zentralen Leitstellen bzw. sonstigen zuständigen Stellen (Gesamteinsatzleitung, Polizei) lageangemessen alarmiert und eingesetzt werden, besonders auch im Rahmen der nachbarlichen Hilfe (§ 22 HBKG). Diese Kräfte können jederzeit auch zur Unterstützung bei Einsätzen unterhalb der Katastrophenschwelle eingesetzt werden ⁵.

⁴ Anlage 2 des Katastrophenschutz-Konzeptes des Landes Hessen

⁵ Katastrophenschutz-Konzept Hessen Seite 5-6

Zusammenwirken der Einheiten und Einrichtungen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr

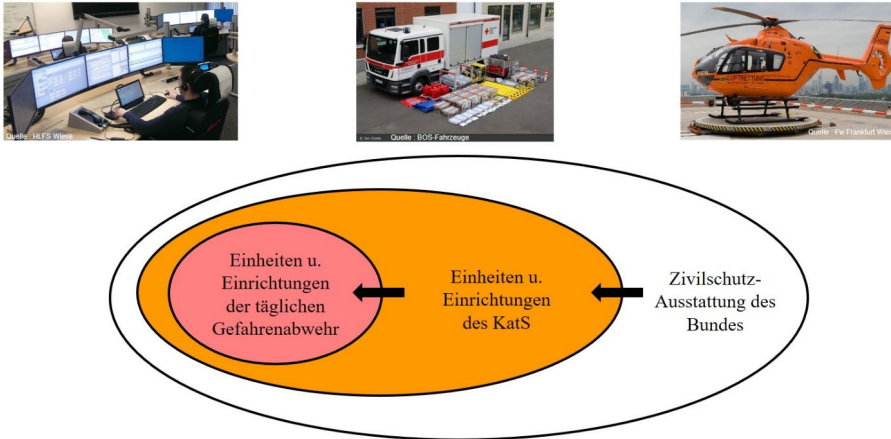


Abb. 4 Zusammenwirken der Einheiten KatS

4 Grundlagen der Einsatzführung nach FwDV100

Aufgaben der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters

FwDV 100, Kap. 3.2.2.1

- Verantwortung für die Einsatzdurchführung
- Leitung der unterstellten Einsatzkräfte
- Koordination aller bei der Gefahrenabwehr beteiligten Stelle

Die Einsatzleiterin oder der Einsatzleiter hat die Verantwortung für die Einsatzdurchführung. Ihr oder ihm obliegt die Leitung der unterstellten Einsatzkräfte und die Koordination aller bei der Gefahrenabwehr beteiligten Stellen.

Wechsel der Einsatzleitung

FwDV 100, Kap. 3.3.3.4

- Vor der Übernahme muss eine umfassende Lageeinweisung erfolgt sein.
- Die Übernahme und Übergabe der Einsatzleitung müssen immer klar formuliert und bekanntgegeben werden.
- Eine Übergabe und Übernahme der Einsatzleitung ist zu dokumentieren.
- Bereits eingeleitete Maßnahmen und Befehle dürfen nur beim Vorliegen zwingender Gründe geändert werden.

Nachrückende Führungskräfte können die Einsatzleitung nur übernehmen, wenn ihnen dies nach Gesetz zusteht. Sie sollten dies nur tun, wenn hierfür eine sachliche Notwendigkeit vorliegt. Vor Übernahme der Führungsverantwortung muss eine umfassende Lageeinweisung erfolgt sein. Bereits eingeleitete Maßnahmen und Befehle dürfen nur beim Vorliegen zwingender Gründe geändert werden. Übernahme und Übergabe der Einsatzleitung müssen immer klar formuliert und bekanntgegeben werden.

Eine Übergabe und Übernahme der Einsatzleitung muss bei jedem Wechsel einer Führungskraft oder der Führungsverantwortung erfolgen und ist den nachgeordneten Einsatzkräften bekannt zu geben und zu dokumentieren.

Koordination der Einsatzleitung mit Behörden, Organisationen und Hilfskräften

FwDV 100, Kap. 3.2.2.2

In der Einsatzleitung sollen neben den Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleitern sowie dem Führungshilfspersonal auch Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, Hilfsorganisationen und anderen beteiligten Stellen als Fachberaterinnen, Fachberater und Verbindungspersonen hinzugezogen werden (Anlage 3).

(Beispiel: Beteiligte Organisationen und Behörden bei einem Reifenlagerbrand)

FwDV 100 Anlage 3:

Beispiele für Behörden, Organisationen und Hilfskräfte, die Fachberaterinnen, Fachberater oder Verbindungspersonen zur Unterstützung der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters stellen können

- Abwasser
- Ausländerbehörde
- Bauamt
- Bundesgrenzschutz
- Bundeswehr
- Deutsche Bahn AG
- Einwohnermeldeamt
- Elektrizitätsversorgungsunternehmen
- fachkundige Personen, zum Beispiel Physiker, Chemiker, Ärzte
- Forstverwaltung
- Gasversorgungsunternehmen
- Gesundheitsbehörde
- Gewerbeaufsicht
- hilfeleistende Handwerks- und Gewerbebetriebe, zum Beispiel Glaser-, Schlosser-, Tischlerinnung, Transport- und Bergungsunternehmen, Baustoffhandlungen
- Hilfsorganisationen (ASB, DRK, MHD, JUH, DLRG, karitative Verbände)
- Kraftwerksbetreiber
- Notfallseelsorge

- Ordnungsamt
- Polizei
- Presse, Rundfunk, Fernsehen
- psychosoziale Begleitung
- Rettungsdienst
- Schul- und Sportamt
- Sozialamt
- Stadtreinigung
- Stadtwerke
- Stationierungsstreitkräfte
- Strahlenschutzbeauftragte
- Straßenbaulastträger
- Technisches Hilfswerk
- verantwortliche Personen gefährdeter oder geschädigter Betriebe
- Verkehrsbetriebe (Straße, Schiene, Wasser, Luft)
- Umweltschutzbehörde
- Wasserschutzbehörde
- Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
- Wasserversorgungsunternehmen, Wassermeister
- Wirtschaftsamt
- Wohnungsamt

5 Grundlagen der Einsatzführung nach HBKG

Befugnisse der technischen Einsatzleitung (HBKG § 42)

- Den Einsatz der Feuerwehr sowie aller Hilfskräfte zu regeln
- Zusätzliche Einsatzmittel und Einsatzkräfte anzufordern
- Erforderliche Einsatzmaßnahmen zu treffen
- Notwendige Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um an der Einsatzstelle ungehindert tätig sein zu können, soweit diese nicht von den Polizeidienststellen oder anderen zuständigen Stellen getroffen werden
- Zur Unterstützung und fachlichen Beratung geeignete Personen hinzuziehen

HBKG § 42 Befugnisse der technischen Einsatzleitung

- (1) *Die technische Einsatzleitung ist befugt, den Einsatz der Feuerwehren sowie aller Hilfskräfte zu regeln, erforderliche Einsatzmaßnahmen zu treffen und zusätzliche Einsatzmittel und Einsatzkräfte bei der zuständigen Behörde anzufordern.*
- (2) *Die technische Einsatzleitung ist befugt, die notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um an der Einsatzstelle ungehindert tätig sein zu können, soweit nicht entsprechende Maßnahmen von den Polizeibehörden oder anderen Stellen getroffen werden. Werden Sicherungsmaßnahmen von den Polizeibehörden oder anderen zuständigen Stellen angeordnet oder aufgehoben, so hat dies im Einvernehmen mit der technischen Einsatzleitung zu erfolgen.*

- (3) Die technische Einsatzleitung kann zu ihrer Unterstützung und fachlichen Beratung geeignete Personen hinzuziehen.

Unterstellungsverhältnis (HBKG § 20 und HBKG §41)

Unterstellungsverhältnis

Gesamteinsatzleitung
(§ 20 HBKG)

Technische Einsatzleitung
(§ 41 HBKG)

Abb. 5 Unterstellungsverhältnis Technische Einsatzleitung - Gesamteinsatzleitung

HBKG § 41 Technische Einsatzleitung

- (1) Die technische Einsatzleitung obliegt der Einsatzleiterin oder dem Einsatzleiter der Feuerwehr des Schadensortes. Wird neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der Pflichtfeuerwehr eine Berufsfeuerwehr eingesetzt, so bilden die Einsatzleiterinnen und die Einsatzleiter der eingesetzten Feuerwehren eine gemeinsame technische Einsatzleitung, die unter der Leitung der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters des Schadensortes steht. Bei besonderen Schadenslagen kann diese oder dieser die Leitung der Einsatzleiterin oder dem Einsatzleiter der Berufsfeuerwehr übertragen. Der Brandschutzaufsichtsdienst kann jederzeit selbst die technische Einsatzleitung übernehmen.
- (2) Die technische Einsatzleitung in Betrieben mit einer Werkfeuerwehr obliegt der Einsatzleiterin oder dem Einsatzleiter der Werkfeuerwehr. Wird neben der Werkfeuerwehr eine öffentliche Feuerwehr eingesetzt, so bilden diese eine gemeinsame technische Einsatzleitung, deren Leitung die Einsatzleiterin oder der Einsatzleiter der Werkfeuerwehr übernimmt.

- (3) *In Betrieben, die dem Geltungsbereich des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808), unterliegen und die nicht in den Anwendungsbereich des § 131 Abs. 1 Bundesberggesetz fallen, wirken die Unternehmerin oder der Unternehmer oder die von ihr oder ihm bestellten Personen in der Einsatzleitung mit. Bei Bränden von Wäldern, Mooren und Heideland wirkt die zuständige Forstbeamtin oder der zuständige Forstbeamte in der technischen Einsatzleitung mit.*
- (4) *Der technischen Einsatzleitung sind alle in ihrem Zuständigkeitsbereich eingesetzten Feuerwehren, Organisationen sowie sonstige Hilfskräfte unterstellt.*

HBKG § 20 Gesamteinsatzleitung

- (1) *Die Gesamteinsatzleitung obliegt*
- 1. dem Gemeindevorstand,*
 - 2. dem Kreisausschuss, wenn innerhalb eines Kreisgebietes mehrere Gemeinden betroffen sind.*
- (2) *Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall zur wirksamen Wahrnehmung der Abwehrmaßnahmen die Gesamteinsatzleitung bestimmen oder sie übernehmen.*

Aufgaben der Gesamteinsatzleitung (HBKG § 21)

- trägt die politische Gesamtverantwortung
- trifft übergreifende Entscheidungen bei:
 - Rechtlichen Vorgaben
 - Finanziellen Zuständigkeiten
 - Politischen Rahmenbedingungen
- Fragestellungen für die die technische Einsatzleitung nicht zuständig ist

Aufgaben der Gesamteinsatzleitung (Administrativ-organisatorische Maßnahmen)
am Beispiel eines Kampfmittelfundes

Die Gesamteinsatzleitung ist zuständig für:

- Entscheidung über die Evakuierung von Wohngebieten
- Betreuung der betroffenen Bevölkerung
- Anordnen von Zwangsmitteln nach Verwaltungsrecht
- Gesundheits- und Hygienevorsorge
- Eigentumssicherung
- Presse- und Medienarbeit

HBKG § 21 Befugnisse der Gesamteinsatzleitung

- (1) *Die Gesamteinsatzleiterin oder der Gesamteinsatzleiter (Gesamteinsatzleitung) veranlasst nach pflichtgemäßem Ermessen die zur Gefahrenabwehr notwendigen Maßnahmen. Hierbei sollen die von den in ihrem Aufgabenbereich berührten Fachbehörden für erforderlich gehaltenen Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Gesamteinsatzleitung sorgt für die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen, soweit diese nicht von den Polizeibehörden oder anderen zuständigen Stellen getroffen werden. Sie hat die Befugnisse nach dem Vierten Abschnitt des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2008 (GVBl. 2009 I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2012 (GVBl. S. 430), in der jeweils geltenden Fassung.*
- (2) *Sicherungsmaßnahmen der Polizeibehörden oder anderer zuständiger Stellen sollen im Einvernehmen mit der Gesamteinsatzleitung angeordnet oder aufgehoben werden.*

Unterstellungsverhältnis (HBKG § 41 Abs. 4)

Der technischen Einsatzleitung sind alle in ihrem Zuständigkeitsbereich eingesetzten Feuerwehren, Organisationen sowie sonstige Hilfskräfte unterstellt.

- Ziel ist die reibungslose Zusammenarbeit der Fachdienste
- Hinweis: Außer Polizei-Einsatzkräfte

6 Amtshilfe

Verpflichtung nach Art. 35 GG

(Umsetzung im Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG))

Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe. Amtshilfe-Ersuchen einer anderen Behörde ist zu erfolgen:

- Auf Ersuchen einer anderen Behörde hin - im Einzelfall.
- Die ersuchende Behörde muss hilfsbedürftig sein (Erforderlichkeit).
- Die ersuchte Behörde muss leistungsfähig sein.

Amtshilfe liegt nicht vor:

- Bei bestehendem Weisungsverhältnis (Hierarchie)
- Bei Erfüllung der eigenen Aufgabe (der ersuchten Behörde)

Die Kosten der Amtshilfe sind geregelt unter § 8 HVwVfG

Artikel 35 GG

- (1) *Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.*
- (2) *[...] Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.*

Durchführung der Amtshilfe (§ 7 HVwVfG)

- (1) *Die Zulässigkeit der Maßnahme, die durch die Amtshilfe verwirklicht werden soll, richtet sich nach dem für die ersuchende Behörde, die Durchführung der Amtshilfe nach dem für die ersuchte Behörde geltenden Recht.*
- (2) *Die ersuchende Behörde trägt gegenüber der ersuchten Behörde die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der zu treffenden Maßnahme. Die ersuchte Behörde ist für die Durchführung der Amtshilfe verantwortlich*

Kosten der Amtshilfe (§ 8 HVwVfG)

- (1) *Die ersuchende Behörde hat der ersuchten Behörde für die Amtshilfe keine Verwaltungsgebühr zu entrichten. Auslagen hat sie der ersuchten Behörde auf Anforderung zu erstatten, wenn sie im Einzelfall fünfunddreißig Euro übersteigen. Leisten Behörden desselben Rechtsträgers einander Amtshilfe, so werden die Auslagen nicht erstattet.*

Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe (§ 5 HVwVfG)

- (1) *Eine Behörde kann um Amtshilfe insbesondere dann ersuchen, wenn sie*
 - *aus rechtlichen Gründen die Amtshandlung nicht selbst vornehmen kann;*
 - *aus tatsächlichen Gründen, besonders, weil die zur Vornahme der Amtshandlung erforderlichen Dienstkräfte oder Einrichtungen fehlen, die Amtshandlung nicht selbst vornehmen kann;*
 - *zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die Kenntnis von Tatsachen angewiesen ist, die ihr unbekannt sind und die sie selbst nicht ermitteln kann;*
 - *zur Durchführung ihrer Aufgaben Urkunden oder sonstige Beweismittel benötigt, die sich im Besitz der ersuchten Behörde befinden;*
 - *die Amtshandlung nur mit wesentlich größerem Aufwand vornehmen könnte als die ersuchte Behörde.*

(2) Die ersuchte Behörde darf Hilfe nicht leisten, wenn

- 1. sie hierzu aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage ist;*
- 2. durch die Hilfeleistung dem Wohl des Bundes oder eines Landes erhebliche Nachteile bereitet würden.*

Die ersuchte Behörde ist insbesondere zur Vorlage von Urkunden oder Akten sowie zur Erteilung von Auskünften nicht verpflichtet, wenn die Vorgänge nach einem Gesetz oder ihrem Wesen nach geheim gehalten werden müssen.

(3) Die ersuchende Behörde braucht Hilfe nicht zu leisten, wenn:

- 1. eine andere Behörde die Hilfe wesentlich einfacher oder mit wesentlich geringerem Aufwand leisten kann*
- 2. sie die Hilfe nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand leisten könnte*
- 3. sie unter Berücksichtigung der Aufgaben der ersuchenden Behörde durch die Hilfeleistung die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben ernstlich gefährden würde*

(4) Die ersuchte Behörde darf die Hilfe nicht deshalb verweigern, weil sie das Ersuchen aus anderen als den in Abs. 3 genannten Gründen oder weil sie die mit der Amtshilfe zu verwirklichende Maßnahme für unzweckmäßig hält.

(5) Hält die ersuchte Behörde sich zur Hilfe nicht für verpflichtet, so teilt sie der ersuchenden Behörde ihre Auffassung mit. Besteht diese auf der Amtshilfe, so entscheidet über die Verpflichtung zur Amtshilfe die gemeinsame fachlich zuständige Aufsichtsbehörde oder, sofern eine solche nicht besteht, die für die ersuchte Behörde fachlich zuständige Aufsichtsbehörde.

7 Nachbarliche Hilfe (§ 22 HBKG)

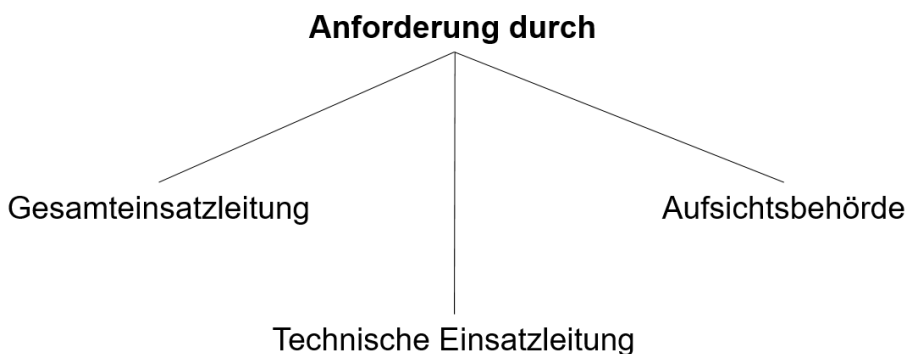


Abb. 6 Anforderung der Nachbarschaftliche Hilfe

Nachbarliche Hilfe (HBKG § 22)

- (1) Die Gemeinden sind verpflichtet, bei Feuerwehreinsätzen (§ 6 Abs. 1) einander Hilfe zu leisten, sofern der eigene Schutz dadurch nicht erheblich gefährdet wird. Bei Großschadenslagen ordnen die Aufsichtsbehörden die Hilfeleistung nach pflichtgemäßem Ermessen an, auch wenn die Sicherheit in den hilfeleistenden Gemeinden vorübergehend nicht gewährleistet ist.*
- (2) Die Aufforderung zur Hilfeleistung erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen durch die Gesamteinsatzleitung, die technische Einsatzleitung oder die Aufsichtsbehörde. Die nachbarliche Hilfeleistung soll nur angefordert werden, wenn die örtliche Feuerwehr nicht in der Lage ist, die Gefahr zu beseitigen.*
- (3) Die angeforderte Hilfeleistung erfolgt grundsätzlich unentgeltlich. Auf Antrag trägt die Gemeinde, der Hilfe geleistet wurde, die tatsächlich entstandenen Kosten.*